

musikdirektor könnte auch ebenso gut die schöne Musik machen für ein Ministergehalt.

Noch ein kurzes Wort zur Justiz! Die Ausgaben für Justiz und Gefangenmanikalen steigen leider von Jahr zu Jahr. Das ist lediglich eine Folge des gemessenen Respektes vor den Gerichten und vor dem Strafrichter, vor den Gesetzen überhaupt. Trotz Gehaltssteigerung um 2 1/2 Millionen Zuschuß. Leider ist die Verdorbenheit bis weit hinauf in die höchsten Kreise zu verzeichnen. Ich will nur mal an den sehr bekannten ehemaligen Reichsbankpräsidenten Schacht erinnern. Dieser Herr Schacht reist heute in der Welt herum, wird teilweise angelesen als ein Nationalheld, er hat in jüngster Zeit ein Buch herausgegeben, das sich betitelt: „Das Ende der Reparationen.“ Er spricht da u. a. davon, daß er auf der zweiten Expertenkonferenz, die im Februar 1929 in Paris stattgefunden hat, wiederholt Moratreden französischer Vertreter gehört hätte, kurz und gut, in dem ganzen Buch läßt eine Moral die andere ab, und wie sieht die Moral des Herrn Schacht in Wirklichkeit aus? Es dürfte vielleicht auch interessieren, einmal etwas über Herrn Schacht in diesem Hause zu hören, schon deswegen, weil er mit ein ausschlaggebender Kandidat bei einer eventuellen Reichspräsidentenwahl ist. Herr Schacht baute sich im Jahre 1912 eine Villa. Er ließ sich 50 000 M von einem schlesischen Hauptmann geben. Das Geld war unländbar bis 1922. Der Hauptmann rächte natürlich wie alle anderen ins Feld. Er fiel gleich in den ersten Schlachten. Die Hauptmannswitwe hat sich dann, nachdem die Währung zerstört war und inzwischen die siegreiche Rentenmark erschienen war oder besser gesagt die ebenso verwerfliche Dotation, an ihren ehemaligen Schuldner, den Reichsbankpräsidenten Schacht, gewandt. Sie ging von dem Grundbesitz aus, wenn es ihm auch schwer fällt, bei dem Gehalt von 350 000 M im Jahre könnte er ihr vielleicht 25 000 M wieder zurückgeben. Und was antwortete Herr Schacht, der jetzt so sehr viel von Moral spricht und schreibt, wie jüngst erst wieder in der schwedisch-deutschen Gesellschaft in Stockholm am Montag vor acht Tagen, der Hauptmannswitwe? „Ich halte mich weder rechtlich noch moralisch für verpflichtet, Ihnen auch nur einen Pfennig zu geben.“ Und wissen Sie, wann er das Kapital zurückgezahlt hat? Am 1. Januar 1922, und das ist mit ein Grund dafür, warum man den Stichtag, das größte Verbrechen im Verbrechen, auf die Mitte des Jahres 1922 festgesetzt hat und damit auch soviel Elend unter die Massen gebracht hat, an denen die Länder und Gemeinden indirekt zugrunde gehen müssen.

Die Vorlage Nr. 22 nehmen wir selbstverständlich mit gemischten Gefühlen auf, nicht weil wir etwa gegen die Kirche sind, sondern im Gegenteil, weil wir von der Kirche etwas enttäuscht sind, wenn man die Notlage der Rentner und die Enteignung der Sparer zugrunde legt. Als der Krieg vorüber war und die Aufwertungsgeheimnisse kamen, hat man kein Wort von der Kirche und ihren Vertretern gehört bis auf einige, von denen ich selbst einige kenne, die sich gegen die Zerstörung der Währung, gegen die Enteignung der Sparer gewendet haben. Trotzdem möchte ich aber von dem Bibelzitat ausgehen: Wir werden nicht Böses mit Bösem vergelten. Wir werden uns der Vorlage nicht ablehnend gegenüber verhalten. Wir werden aber im Ausschuss dazu im Zusammenhang mit Rentenfragen Stellung nehmen.

Nun noch einiges zu dem Antrag Drucksache Nr. 334, der von der Deutschen Volkspartei gestellt worden ist, die vorbehaltene Ausgabe von Staatsmitteln zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheit! Darüber sollte es eigentlich gar nichts zu sagen geben. Denn das ist eine Selbstverständlichkeit. Aber ich muß auch den Antragsteller sagen, daß es eben nur ein Tropfen auf den heißen Stein ist. Man hat das Kapital heruntergesetzt und die Linken hinaufgeholt, anstatt daß man das Kapital hinauf und die Linken herabgeholt hätte. Das wäre eine Maßnahme zur Gesundung der Wirtschaft gewesen.

Sparen im Reich, in den Ländern und in den Gemeinden ist eine erste Hauptbedingung. Zweitens ist notwendig der Wegfall aller Doppelverdiener, drittens die Befestigung der Mietzinssteuer und im Zusammenhang damit eine Änderung der Aufwertungsgeheimgebung, viertens Einschränkung der Vermögenswerte der öffentlichen Hand. Das sind die Ziele der Volkspartei, die leider von den Gegnern und ihrer Presse entweder verschwiegen oder bekämpft werden zum Schaden des gesamten deutschen Volks.

Abg. Fischer (Dresden — Volksdienst): Durch die in der Etatrede des Herrn Finanzministers vorangestellte Feststellung, daß sich die Lage in Sachsen seit der etwa drei Monaten erfolgten Einführung des Haushaltplanes für 1930 nicht nur nicht gebessert, sondern noch weiterhin verschlechtert hat, wird der Ernst der Lage schärf gefühlter. Die von der Regierung ergriffenen Maßnahmen erkennen wir an. Besonders anerkennen sind die fortgesetzten Bemühungen der Regierung, bei der Reichsregierung eine entsprechende Reichshilfe unter Anerkennung Sachsens als besonderes Notstandsgebiet zu erreichen.

Wenn in dem an sich ausgeglichenen Etat mit dem Anteil an den Abwehrgesteuern in Höhe des im Reichshaushaltsetat eingelegten Steueraufkommens gerechnet wird, so erscheint mir hier ganz besondere Vorsicht geboten, da das Aufkommen nach meiner Kenntnis der Dinge in dieser Höhe bei der weiterhin verschlechterten Wirtschaftslage mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht erreicht werden wird. Schon aus diesem Grunde bleibt für die Überziehung einzelner Etatpositionen wie sie in Aussicht gestellt wurde, kein Raum.

Zu den einzelnen Kapiteln des Etats will ich bei der vorgerückten Zeit keine Stellung nehmen. Wir behalten uns eine Stellungnahme bei der Ausschlußberatung bzw. bei den weiteren Beratungen vor. Jedenfalls sind wir zur sachlichen Mitarbeit bereit.

Den Entstellungen in Kap. 62 Z. 4 des ordentlichen und in Z. 5 des außerordentlichen Etats für die wir der Regierung dankbar sind, werden wir zustimmen, ebenso der Regierungsvorlage Nr. 22, da wir es für dringend notwendig halten, daß der ev. h. h. Landesrat die Möglichkeit gegeben wird, ihre großen Kulturaufgaben zu erfüllen.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich die Aufmerksamkeit der Regierung auf die sich auch in Sachsen bemerkbar

machenden Anträge zu sogenannten Gottesdienstveranstaltungen lenken (Sachs. l. d. Komm.), wozu mit Plakaten eingeladen wird, in denen das Götze und Heilige in den Staub gezogen wird und weite Kreise der Bevölkerung in ihrem Empfinden verletzt werden. Zeitungsnotizen nach wird ja in den nächsten Tagen eine Zusammenkunft der Innenminister in Berlin sich mit dieser Erscheinung zu befassen haben, und wir bitten, diesem Treiben von Staatswegen energisch entgegenzutreten.

Abg. Krndt (Soz.): Die Rede des Herrn Finanzministers und die Ausführungen der meisten Vertreter der bürgerlichen Parteien waren auf den Ton gestimmt, der Etat muß unter allen Umständen balancieren, und er muß hinsichtlich seiner Abschlußsumme und hinsichtlich seiner inneren Gestaltung Rücksicht nehmen auf die Lage der Wirtschaft. Wenn mein Parteifreund Edel demgegenüber die Erfüllung der sozialen Pflichten des Staates und die Linderung der sozialen Not als die vorrangigste Aufgabe bezeichnet hat, so bedeutet das nicht, wie uns Herr Lippe vorgeworfen hat, daß wir uns über die wirtschaftlichen Tatsachen einfach hinwegsetzen wollen. Wir stehen auf dem Standpunkte, daß bei der Festsetzung des Etats versucht werden muß, der Wirtschaft Erleichterungen zu schaffen, der Wirtschaft Hilfe zu bringen, aber wir verstehen unter Wirtschaftshilfe etwas anderes als die Vertreter der bürgerlichen Parteien, als besonders die Herren Lippe und Hentschel, weil wir den Sinn der Wirtschaft eben anders deuten als das Bürgertum. Herr Lippe und Herr Hentschel sehen in der Wirtschaft weiter nichts als Hilfe für das Unternehmertum, während wir in der Wirtschaft jeden den Subjekt aller in ihr tätigen Kräfte, während wir den Sinn der Wirtschaft deuten als ein Mittel zur Wohlfahrt der Menschen.

Die Balancierung des Etats und die Etatgestaltung darf aber nicht in ein Rechenexempel ausarten. Wir sehen die Notwendigkeit ein, den Etat bewußt zu gestalten nach den beiden Gesichtspunkten: Wirtschaftshilfe und Bekämpfung der sozialen Not. Da nun die Krisis der Wirtschaft viel weniger in der Produktionsphase als in der Absatzphase liegt, bedeutet das praktisch auch, durch die Etatgestaltung zu versuchen, den Absatzmangel der Wirtschaft zu beheben, die Absatzschwierigkeiten zu beseitigen. Das führt auf die Frage der Arbeitsbeschaffung, auf die ich dann später noch zurückkommen werde.

Herr Studentkowski hat uns hier ein Kolleg gehalten über den Sozialismus, wie ihn die Nazis aufstellen. Er sagte, daß der Sozialismus, der von uns propagiert wird, deswegen kein Sozialismus sei, weil er auf Klassenkampf gestellt sei und weil wir die Änderung der Besitzverhältnisse erstreben. Wahrer Sozialismus im Sinne der Nationalsozialisten soll ausgehen von der Gemeinschaftsidee, und er soll am Privateigentum nicht rütteln, damit dem Tüchtigen Gelegenheit gegeben werden soll, sich in der Wirtschaft durchzusetzen. Wenn Herr Studentkowski einmal die Gesellschaftsgeschichte und das wirklich soziale Leben rudert hätte, dann müßte er wissen, daß gerade durch die Tatsache, daß der Besitz der Produktionsmittel ja nicht nur eine Verfügungsgewalt über Sachen, sondern auch eine Verfügungsgewalt über Menschen mit sich gebracht hat (Sehr richtig! l. d. Soz.), die sozialen Verhältnisse so unerträglich gestaltet worden sind, wie sie jetzt sind. (Abg. Dr. Ehardt: Siehe Ausland!) Nun hat sich Herr Studentkowski ganz besonders gegen die Klassenkampfidee der Sozialdemokratie gewendet, und er sagt, anstelle der Klassenkampfidee müßte der Gemeinschaftsgebanke kommen. Nun, solange wir Klassen haben, wird keiner Klasse etwas anderes übrig bleiben, als sich gegenüber den Interessen der anderen Klassen durchzusetzen, und wir verstehen unter Klassenkampf schließlich weiter nichts als die Vertretung der Interessen der einen Klasse gegenüber den Interessen der anderen Klasse. Die Gemeinschaftsidee, die Herr Studentkowski in der Theorie propagiert, zeigt sich in der Praxis in den täglichen Vorfällen, die in den Zeitungen berichtet werden. (Sehr gut! l. d. Soz.) Nun geben sich die nationalsozialistischen Herren auch als Apostel der Wahrheit, als Kreuzritter gegen Lüge im politischen Kampfe. Wie das in der Praxis aussieht und mit welcher Verlogenheit sie ihre Propaganda betreiben, dafür nur ein Beispiel! Vor ganz kurzer Zeit hat in Glauchau eine von den Nationalsozialisten einberufene Versammlung stattgefunden, in der ein belannter nationalsozialistischer Agitator, ein gewisser Wiemer aus Grotzen sprach. Er ist dort ganz besonders gegen die Krankenkassen zu Felde gezogen und hat dabei behauptet, daß von den Entnahmen der Krankenkassen, die jährlich insgesamt bei allen Krankenkassengattungen etwa 2 Milliarden betragen, nur 7 Proz. für die Kranken ausgegeben werden und das übrige von den Krankenkassenbesitzern gestohlen werde. In Wirklichkeit sieht die Sache so aus, daß in allen Krankenkassen im Jahre 1929 86,6 Proz. für Krankenhilfe, 4,4 Proz. für Wochenhilfe, 1/2 Proz. für allgemeine Fürsorge, 1,2 Proz. für Sterbegelder und dergleichen ausgegeben worden ist und nur 6,3 Proz. für die Verwaltung. (Verstärktes Hört, hört! l. d. Soz. — Abg. Wilde: Die Wahrheitsliebe der Nazis!) Nun könne man ja glauben, daß das vielleicht ein Druckfehler war. Das ist aber deshalb ausgeschlossen, weil der Bericht übereinstimmend in allen bürgerlichen Zeitungen so gelautet hat, wie ich hier vorgetragen habe. Daraus sieht man also die Verlogenheit der nationalsozialistischen Propaganda.

Auch der Herr Abg. Renner hat uns einen Gegensatz zwischen Theorie und Praxis vorgeworfen. Ich will zugeben, daß ein gewisser Gegensatz zwischen Theorie und Praxis ja immer dann bestehen wird, wenn man in der Praxis auf die Zusammenarbeit mit anderen Gruppen angewiesen ist und wenn man in der Praxis auf unvorhergesehene wirtschaftliche oder politische Hemmnisse stößt. Aber der Gegensatz zwischen Theorie und Praxis ist bei uns doch immerhin noch nicht so groß wie bei den Kommunisten; denn während die Kommunisten fast in jeder Zeitung zum Generalkrieg gegen jeden Pfennig Lohnabbau aufrufen, haben sie in ihren Betrieben die Löhne für die Zeitungsausdräger und für das Zeitungspersonal noch viel weitergehend reduziert, als es jemals dem größten Scharfmacher eingefallen ist. (Hört, hört! und Sehr richtig! l. d. Soz.) Ein Gegensatz zwischen Theorie und Praxis zeigt sich

bei den Kommunisten auch in der Propaganda für die Einheitsfront. Einheitsfront des Proletariats müßte bedeuten, daß man versuchen muß, das Proletariat in eine geschlossene Front gegenüber dem Unternehmertum zu stellen. Die Praxis dieser Einheitsfrontpropaganda ist jedoch so, daß die Kommunisten bei jeder sich bietenden Gelegenheit einen eigenen Organisationslaben aufmachen, der dann zwar sehr bald wieder zerfällt, aber er hat doch immerhin dazu geführt, daß die Verwirrung in der Arbeiterschaft noch gesteigert und dadurch Unheil gerade im Lager der Arbeiter anrichtet wird. Der Herr Abg. Renner ist dann auch auf unser Verhältnis zur Regierung Brünning und zur Regierung Schied und auch auf unser Verhältnis zum heutigen Staat überhaupt eingegangen. Ich möchte dazu sagen, daß wir weder die Regierung Brünning noch die Regierung Schied unterstützen. (Sehr wahr! l. d. Soz.) Wir tolerieren sie vielleicht, und zwar deshalb, weil wir dem heißen Bemühen der Nazis, das ja auch in den Ausführungen des Herrn Studentkowski zum Ausdruck gekommen ist, im Reich, in Preußen und in Sachsen in die Regierung und damit zur politischen Macht zu kommen, von uns nicht Vorwand leisten wollen und weil wir auch keinen Anlaß haben, mit den Arbeiterrechten va banque spielen zu lassen. (Abg. Müller, Leipzig: Sehr gut!)

Der Herr Abg. Renner ist im Zusammenhang mit diesen Ausführungen auf Ausführungen meines Parteifreunds Bedel eingegangen und hat gesagt, daß mein Freund Bedel in einer Verammung zum Ausdruck gebracht hätte, daß sich die innere Gestaltung des Etat gegenüber der Vorkriegszeit deswegen geändert habe, weil heute der Ausgabeplan für soziale Zwecke viel größer sei als damals. Das ist sicherlich nicht zu bestreiten und auch nicht abzuleugnen durch die Ausführungen, die Herr Renner hier gemacht hat. (Sehr richtig! l. d. Soz. — Abg. Rebrig: Zwangsläufig! Fünf Millionen Arbeitslose hatten wir noch nie!) In Wirklichkeit liegt das Verhältnis der Gesamtausgaben zu den sozialen Ausgaben in den gesamten Etat des Reiches, der Länder und der Gemeinden so, daß in der Vorkriegszeit für soziale Zwecke 10,1 Proz. und jetzt 29,6 Proz. ausgegeben worden sind. Diese stärkere Durchdringung des Staates mit sozialem Geist hat uns den Staat zwar noch nicht zum Staatsideal werden lassen, aber es ist doch immerhin Anlaß für uns, den Staat gegen die soziale Reaktion zu verteidigen, die das Rad der Entwicklung zurückdrehen möchte.

Der Abg. Dr. Ehardt hat gesagt, daß das Arbeitsministerium vollständig zwecklos und ein Stöckel sei, die die heutige Wirtschaftslage und die heutige Notlage verschuldet haben. Daß der Abg. Dr. Ehardt von seinem persönlichen und seinem Parteistandpunkt aus das Arbeits- und Wohlfahrtsministerium als Übel betrachtet, will ich ihm ganz gern glauben; denn das Arbeits- und Wohlfahrtsministerium hat die Aufgabe, die Interessen der Arbeiterschaft und der Hilfsbedürftigen innerhalb des gesamten Ministeriums zur Geltung zu bringen. Da die Deutschnationalen sowohl die Sozialpolitik als auch die Sozialfürsorge als eine durchaus überflüssige Einrichtung ansehen (Abg. Siegert: Wer sagt das?), ist es von Herrn Dr. Ehardt nur logisch, wenn er auch das soziale Ministerium als Übel ansieht. Aber das Arbeits- und Wohlfahrtsministerium hat die heutige Notlage verschuldet haben soll, ist eine Behauptung, die im krassen Widerspruch zu den Tatsachen steht. Wie sind mit der Tätigkeit des Arbeits- und Wohlfahrtsministeriums zwar auch nicht in jeder Hinsicht zufrieden, aber gegen den Abbau gerade dieses Ministeriums werden wir uns mit aller Energie wenden. (Abg. Siegert: Wegen dem Abbau Ihrer Genossen! — Abg. Würtler: Was, die Lage aus dem Saal!) Da sitzen nur noch sehr wenig im Arbeits- und Wohlfahrtsministerium, und diese wenigen Genossen haben inbezug auf die Gestaltung der sozialen Verhältnisse und als Beamte ihre Pflicht in allerhöchstem Grade, mindestens so sehr getan, wie jeder andere. (Sehr wahr! l. d. Soz.) Wenn Herr Dr. Ehardt nun weiter gesagt hat, daß auch der sächsische Gesandte Dr. Gradnauer von seinem Posten verschwinden müßte, weil er enge Beziehungen zu Skarrel und Barntas habe, so ist das eine Behauptung, für die der Beweis noch fehlt. (Abg. Dr. Ehardt: Er hat das selber zugegeben!)

Dann noch ein paar Ausführungen zu dem Etat selbst! Ich habe schon gesagt, daß wir auf dem Standpunkt stehen, daß der Etat wirtschaftsfördernd gestaltet werden muß. Man will die allergrößten Ertragsverhältnisse gerade im Bauwesen machen, obwohl der Regierung und allen anderen auch bekannt sein muß, daß gerade der Wohnungsbau im kommenden Jahre in außerordentlich großer Gefahr steht. (Sehr wahr! l. d. Soz.) In Dresden hat man bisher durchschnittlich 5000 Wohnungen im Jahre gebaut. Für das kommende Jahr stehen zunächst nur Mietzinssteuermittel für 700 Wohnungen zur Verfügung; wenn alles zusammengekratzt wird, kann man es vielleicht auf 1000 Wohnungen bringen. Hier zeigt sich die verkehrte Politik der bürgerlichen Parteien, die zugunsten der Realsteuereinkommen die Drohselung des Wohnungsbaues beschlossen haben, und hier zeigt sich auch die soziale Einstellung der Nationalsozialisten, die gerade der Arbeiterschaft vorreden wollen, daß sie die Interessen der Arbeiter am allerbesten und tatkräftigsten vertreten. Herr Renner hat gesagt, daß die Kommunisten auf einem anderen Standpunkt stehen als wir hinsichtlich der Realsteuern; er sagte: die Realsteuern nehmen dem Arbeiter die Möglichkeit zur Lohnerhöhung. An sich durchaus richtig, und wir haben auch gar kein Interesse an einer Erhöhung der Realsteuern über das gebotene Maß hinaus, denn wir wissen: das, was der Unternehmer an Steuern zahlen muß, kann der Arbeiter nicht als Lohn bekommen. Aber die Frage ist nur die, ob durch eine Senkung der Realsteuern auch die sozialen Aufgaben des Staates noch erfüllt werden können; und vor diese Alternative gestellt müßten wir sagen, ist die Beibehaltung der früheren Realsteuern das kleinere Übel gewesen gegenüber der Drohselung des Wohnungsbaues.

Aber nicht nur auf dem Gebiete des Wohnungsbaues und des Bauwesens überhaupt sieht der Etat eine starke Drohselung vor, sondern auch bei allen anderen Arbeitsbeschaffungspositionen. Für Bau, Unterhaltung und Verbesserung der Straßen und Brücken, für Wasser- und Uferbauten, also für Zwecke, die in Kap. 68 in den

(Fortsetzung in der Beilage.)